



Kantonsrat

Sitzung vom: 1. Dezember 2015, vormittags

Protokoll-Nr. 447

Nr. 447

Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019; Bericht und Entwürfe von Kantonsratsbeschlüssen (B 18)  
- Kantonsratsbeschluss über den Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019- des Kantons Luzern. Fortsetzung der Detailberatung, Bemerkungen, Nichtgenehmigung  
- Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2016 des Kantons Luzern. Beginn Detailberatung

Der Rat nimmt die an der Nachmittagssitzung vom 30. November 2015 unterbrochene Beratung des Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019 wieder auf.

#### *H8-2020-BUWD–Landwirtschaft und Wald*

Die PFK reicht folgende Bemerkung ein: "Das Globalbudget ist um 10 % zu reduzieren. (Reduktion hoheitliche Förster) *Korrigenda PFK: Das Globalbudget ist um 750'000 Franken zu reduzieren. (Reduktion hoheitliche Förster).*"

Andreas Hofer und Hasan Candan beantragen, die Bemerkung der PFK abzulehnen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, die PFK beantrage, das Globalbudget der hoheitlichen Förster um 750000 Franken zu reduzieren. Die Bemerkung sei mit 8 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen worden.

Andreas Hofer lehnt die Bemerkung im Namen der Grünen Fraktion ab. Die PFK wolle das Globalbudget bei den hoheitlichen Förstern um 750000 Franken reduzieren. Über das gleiche Thema sei etwa vor zwei Jahren anlässlich der Beratung zum neuen Waldgesetz bereits diskutiert worden. Schon damals sei klar geworden, dass einzelne Kantonsräte am liebsten alle hoheitlichen Revierförster abschaffen möchten und die Kompetenzen den regionalen Organisationen (RO) übertragen möchten. Am liebsten hätte man das Geld vom Kanton etwa für Walderschliessungsstrassen oder Seilkranbeiträge usw. genommen, aber auf die Kontrolle und die fachliche Unterstützung durch den Kanton verzichtet. Eine Reduktion von 750000 Franken hätte zur Folge, dass der jetzige Personalbestand von 15 Stellen auf 7 bis 8 Stellen reduziert würde, eine Halbierung also. Eine solch einschneidende Massnahme könne man doch nicht nur unter finanzpolitischen Aspekten beschliessen, ohne vorher die Auswirkungen abschätzen zu können. Die Auswirkungen auf den Wald, den Schutzwald, für die regionalen Organisationen und die Waldbesitzer müssten bekannt sein. Man müsste wissen, welche Leistungen nicht mehr erbracht werden könnten und welche Bundesbeiträge wegfallen würden. Diese Fragen könne der Finanzdirektor jetzt kaum beantworten. In der Vergangenheit sei die Zusammenarbeit zwischen den Waldbesitzern, den Regionalen Organisationen und der Abteilung Wald des Kantons schwierig gewesen. Das habe sich aber geändert. So schreibe der Präsident des Verbandes der Luzerner Waldeigentümer: "Die Reorganisation des Forstdienstes ist im Sinne einer optimalen Zusammenarbeit zwischen staatlichem Forstdienst und privaten Organisationen (RO) gut aufgegleist. Mit der Überweisung des Antrages der PFK wird dieser laufende Optimierungsprozess in einer empfindlichen Phase gestört und das Projekt als solches gefährdet." Man solle diesem Optimierungsprozess noch etwas Zeit geben. Sollte sich herausstellen, dass die Ziele dieses Prozesses nicht erreicht werden könnten, könne man mittels einer Motion eine Revision des Waldgesetzes verlangen. Nur so wäre gewährleistet, dass Änderungen bei der Bewirtschaftung des Luzerner Waldes inhaltlich, fachlich und sachlich in der Fachkommission und im Rat diskutiert werden könnten. Eine differenzierte Diskussion würde eine Optimierung für die Waldbewirtschaftung und eine Verbesserung zwischen den verschiedenen Akteuren bringen.

Hasan Candan lehnt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion ab. Bei dieser Massnahme handle es sich um einen Schnellschuss, der niemandem diene, schlussendlich seien wir alle Benutzer unseres Waldes. Beim Lawa habe man in den letzten drei Jahren bereits 1,2 Millionen Franken eingespart, nun sollten nochmals jährlich 750000 Franken eingespart werden, also insgesamt 3 Millionen Franken. Entsprechend würden die Bundesbeiträge gekürzt, was schlussendlich zu einer Gesamtersparnis von insgesamt 6 Millionen Franken bis 2019 führen würde. Durch diese Einsparung könne die Abteilung Wald ihren gesetzlichen Auftrag und die Leistungsvereinbarungen mit dem Bund nicht mehr erfüllen. Man habe mit den regionalen Organisationen ein erfolgreiches Flächenprojekt begonnen. Der Kanton Luzern habe eine nachhaltige Holzwirtschaft, die es zu fördern gelte. Es sei wichtig, unseren Wald zu pflegen, denn er sei auch für die Biodiversität wichtig und gelte als Erholungsraum. Die Natur und die Umwelt hätten keine Vertreter im Kantonsrat, wie dies bei der Bildung, der Gesundheit oder der Polizei der Fall sei. Man müsse zur Natur und zur Umwelt Sorge tragen, sonst müsste die kommende Generation dafür bezahlen.

Ruedi Amrein lehnt die Bemerkung der PFK im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls ab. Hier scheine man über das Ziel hinausgeschossen zu sein. Er befürchte keine Stellenreduktion, sondern vielmehr eine Streichung der Beiträge an die privaten Waldeigentümer. Im Moment sei der Holzpreis komplett am Boden, es werde deshalb nur mit Schwierigkeiten geholt. Man werde sich vermehrt den Schutzwaldfragen annehmen, genau dort wolle man aber Streichungen vornehmen. Die regionalen Organisationen würden ebenfalls Beiträge verlieren. Andreas Hofer habe bereits auf das laufende Projekt mit den regionalen Organisationen hingewiesen. Bezüglich Revierförster vertrete er die Meinung, dass es weniger an der Zahl sein dürften, alle könne man nicht entbehren. Aber auch dieser Prozess sei am Laufen und sollte nicht gestört werden.

Adrian Nussbaum lehnt die Bemerkung der PFK im Namen der CVP-Fraktion ebenfalls ab. Es sei bereits eine Reorganisation im Gange, diese führe sicher zu einem effizienten Ergebnis. Deshalb bestehe diesbezüglich kein zusätzlicher Handlungsbedarf.

Armin Hartmann unterstützt die Bemerkung im Namen der SVP-Fraktion. Die regionalen Organisationen würden gut funktionieren und ihren Betriebsförstern liege der Wald ebenso am Herzen. Die SVP erkenne aber noch Doppelspurigkeiten, die zu prüfen seien. Bei verschiedenen Projekten seien jeweils der Betriebs- und der Revierförster anwesend, was aber nicht nötig sei. Die Gemeinde Schlierbach unterhalte unter anderem eine Waldstrasse, die Abnahme hätte wieder durch beide Förster stattfinden müssen. Hier sei also Sparpotenzial vorhanden, das genutzt werden sollte, auch im Hinblick auf das Konsolidierungsprogramm 2017.

Raphael Kottmann erklärt, die Zusammenarbeit zwischen regionalen Organisationen und der Dienststelle hätte verbessert werden können. Die Vertrauensbasis sei wieder gestärkt worden. Es handle sich hier um eine systemrelevante Entscheidung, die zu einem äusserst heiklen Zeitpunkt getroffen werden müsse, da der Optimierungsprozess mitten am Laufen sei. Im Moment führe eine externe Beratungsfirma eine breit angelegte Evaluation bei allen Waldeigentümern durch. Es wäre deshalb sinnvoll, diesen Schlussbericht abzuwarten. Ein Kürzungsantrag würde auch die Waldeigentümer treffen, dazu biete die CVP nicht Hand.

Josef Dissler findet, es handle sich hier um einen unsoliden Antrag. In der Bemerkung werde keine Jahreszahl genannt, man wisse deshalb nicht, ob es sich um eine einmalige oder wiederkehrende Massnahme handle. Über das Forstgesetz sei im Rat viel debattiert worden. Heute befinde man sich auf einem guten Weg, um die von Armin Hartmann angesprochenen Doppelspurigkeiten zu beheben. Nicht zuletzt deswegen habe man ein Pilotprojekt durchgeführt, welches nun evaluiert und bis 2016 abgeschlossen werde. Dementsprechend könnten Schlüsse daraus gezogen werden. Er unterstütze das Votum von Andreas Hofer. Er möchte in der Fachkommission RUEK und als deren Präsident darüber diskutieren, ob eine Streichung dieser Mittel richtig wäre.

Andreas Hofer widerspricht Armin Hartmann, es handle sich nicht um einen Prüfungsauftrag. Es werde ganz klar eine Reduktion des Budgets um 750000 Franken verlangt. Sowohl beim Hoheitlichen- wie auch beim Revierförster handle es sich um gut ausgebildete Fachleute. Der Revierförster habe aber einen ökonomischen Druck. Der Holzpreis sei am Boden, was den Druck auf die Revierförster erhöhe. Bezüglich der Stellenreduktion handle es sich um einen Optimierungsprozess. Wenn sich dabei herausstelle, dass der Kanton die gleiche Leistung mit weniger Stellen erbringen könne, wehre sich sicher niemand gegen eine Stellenreduktion.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, weist auch auf die entsprechende Seite im PFK-Protokoll hin. Die Diskussion sei in der PFK ähnlich schwierig verlaufen wie hier im Rat. Das zeige auch das Abstimmungsergebnis von 8 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann die Bemerkung der PFK ab. Es seien bereits genügend Gründe genannt worden. Er könne aus Sicht der Regierung bestätigen, dass an diesem Thema gearbeitet werde, die entsprechende Dienststelle habe in den letzten Jahren bereits Einsparungen vorgenommen. Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Hofer und Hasan Candan mit 79 zu 23 Stimmen zu und lehnt somit die Bemerkung der PFK ab.

#### *H2-3200-BKD–Volksschulbildung*

Willi Knecht reicht folgende Bemerkung ein: "In der WOST (Wochenstundentafeln) 2017 wird für die 5. und 6. Primarklasse auf die Erhöhung der Französischlektionen von 2 auf 3 Lektionen verzichtet."

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, diese Bemerkung sei der PFK nicht vorgelegen.

Willi Knecht sagt, dass auf das Schuljahr 2017/2018 bekanntlich der Lehrplan 21 eingeführt werde. Gemeinsam mit dem Lehrplan 21 werde auch die Wochenstundentafel WOST 2017 angepasst. Unter anderem würden in der 5. und 6. Primarklasse die Französischlektionen von zwei auf drei Lektionen erhöht. Diese Anpassung erachte die SVP zum jetzigen Zeitpunkt als mehr als fragwürdig, stehe doch die WOST 2017 mit der Initiative "Eine Fremdsprache auf der Primarstufe" in klarem Widerspruch. So lange die Frage der Fremdsprachen noch nicht geklärt worden sei, mache eine Anpassung der WOST keinen Sinn. Eine Lektion mache im Kanton, so viel er wisse, eine Million Franken aus.

Adrian Nussbaum lehnt die Bemerkung im Namen der CVP-Fraktion ab. Im nächsten Traktandum werde über konkrete, bildungsfeindliche Massnahmen diskutiert, diese würden aber das Budget 2016 betreffen. Die CVP werde der einen oder anderen Massnahme zustimmen, weil sie ein Budget wolle. Jetzt gehe es aber um den AFP. Bei diesem Antrag handle es sich um einen Schnellschuss. Über die Anzahl von Französischlektionen zu diskutieren, gehöre nicht in die Beratung des AFP.

Monique Frey lehnt die Bemerkung im Namen der Grünen Fraktion ab. Bei der WOST zusammen mit dem Lehrplan 21 und der Fremdsprachen-Initiative handle es sich um Projekte, die in der Zukunft behandelt werden müssten. Es sei unseriös, ein Thema daraus vorzuziehen. Falls die Fremdsprachen-Initiative abgelehnt werde, müsse erst recht in die Französischlektionen investiert werden.

Angela Pfäffli lehnt die Bemerkung im Namen der FDP-Fraktion ab. Die FDP sei generell zurückhaltend, wenn es darum gehe, strukturelle Änderungen anlässlich der Budgetdebatte kurzfristig zu behandeln.

Helene Meyer lehnt die Bemerkung im Namen der SP-Fraktion ebenfalls ab. Sie könne sich ihren Vorrednern anschliessen. Ein Eingriff in die WOST ohne eine Gesamtsicht sei unverantwortlich. Die Bemerkung liege im Kontext mit der Fremdsprachen-Initiative und solle nicht anlässlich des AFP diskutiert werden.

Markus Baumann lehnt die Bemerkung im Namen der GLP-Fraktion ebenfalls ab. Einer Diskussion zu einem allfällig eingereichten Vorstoss anlässlich der nächsten Sessionen verwehre sich die GLP natürlich nicht.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann die Bemerkung ab. Die Lektionen, welche man auf der Primarstufe erhöhe, würden auf der Sekundarstufe wieder kompensiert. Die WOST werde im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 eingeführt und liege in der Kompetenz der Regierung.

Der Rat lehnt die Bemerkung von Willi Knecht mit 88 zu 23 Stimmen ab.

#### *Kantonsratsbeschluss über den Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019 des Kantons Luzern*

*Titel* und *Ingress* werden in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

*Ziffer 1*

Die PFK und Beat Züsli stellen folgenden Antrag: "Der Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019 des Kantons Luzern wird nicht genehmigt."

Die Regierungsrat stellt folgenden Antrag: "Der Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019 des Kantons Luzern wird genehmigt."

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, die PFK habe einstimmig beschlossen, den AFP nicht zu genehmigen. Deshalb sei automatisch die Ziffer 2 "Der Aufgaben- und Finanzplan ist erst auf die Planungsperiode 2017–2020 zu überarbeiten." einzufügen. Er bitte den Rat, den beiden Anträgen der PFK zu folgen.

Im Namen des Regierungsrates hält Finanzdirektor Marcel Schwerzmann am Antrag fest und bittet den Rat, den AFP zu genehmigen. Der AFP entspreche den gesetzlichen Vorgaben, halte aber die Schuldenbremse nicht ein. Deswegen verlange das Gesetz, Massnahmen zu ergreifen. Die daraus getroffene Massnahme sei das Konsolidierungsprogramm 2017, welches sich in Vorbereitung befinde. Der Rat habe im Zusammenhang mit dem FLG beschlossen, dass der AFP als Planungsbericht dem Genehmigungsverfahren unterliege. Vielleicht sollte der auf diesen Entscheid zurückkommen werden, denn es werde wohl nie zu einer Genehmigung des AFP kommen.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK und von Beat Züsli mit 113 zu 1 Stimme zu und lehnt den Antrag des Regierungsrates ab.

#### *Ziffer 2 (neu)*

Die PFK stellt folgenden Antrag: "Der Aufgaben- und Finanzplan ist erst auf die Planungsperiode 2017 - 2020 zu überarbeiten."

Ludwig Peyer stellt namens der CVP folgenden Antrag: "Der überarbeitete AFP 2016 – 2019 soll spätestens Ende Juni zusammen mit dem KP 2017 zur Beratung im Kantonsrat vorliegen."

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, sagt, es sei etwas unverständlich, weshalb die CVP diesen Antrag eingereicht habe. Die PFK habe sehr intensiv über den AFP diskutiert und über die Möglichkeit, was seitens der Verwaltung machbar sei, um einen überarbeiteten AFP bis im Juni 2016 vorzulegen. Die PFK habe sich dann aber mit 16 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung dazu entschieden, einen Kommissionsmotion einzureichen. Die von Armin Hartmann und Yvonne Hunkeler erarbeitete Kommissionmotion sei gestern vom Rat mit 113 zu 0 Stimmen erheblich erklärt worden. Somit sei der Antrag der CVP obsolet und demzufolge abzulehnen.

Pius Kaufmann erklärt, der AFP sei das wichtigste Planungsinstrument des Rates. Der AFP bilde das Fundament für das nächste Budget. Laut § 47 der Kantonsverfassung sei der Kantonsrat das Budgetorgan. Der Rat lehne den AFP seit Jahren ab und verlange nie eine Überarbeitung. Er danke deshalb der PFK für den Mut, eine Kommissionsmotion einzureichen und einen Planungsbericht zu verlangen. Bei diesem Planungsbericht handle es sich aber um eine Minimalvariante, dessen Form und Inhalt seien offen. In einem überarbeiteten AFP inklusive des Konsolidierungsprogrammes 2017 wäre alles abgebildet und der Rat wisse, welches Instrument ihn erwarte. Er sei gespannt, wie die Diskussion anlässlich des Planungsberichtes ausfalle. Vielleicht seien einige über den Bericht enttäuscht, weil sie etwas anderes erwartet hätten. Er würde gerne Genaueres zum Inhalt des Planungsberichtes wissen. Schlussendlich gehe es darum, den Grundstein für das Budget 2017 zu legen. Der Rat solle seine Verantwortung wahrnehmen und deshalb einen bis Ende Juni 2016 überarbeiteten AFP verlangen.

Armin Hartmann lehnt den Antrag der CVP im Namen der SVP-Fraktion ab. Die SVP habe selber in Betracht gezogen, einen überarbeiteten AFP zu verlangen, habe sich aber von der PFK für einem Planungsbericht überzeugen lassen. Dieser Planungsbericht werde alles Notwendige beinhalten. Erstens: Der Kanton brauche ein mittelfristiges Planungsinstrument und Eckdaten für das Konsolidierungsprogramm 2017. Zweitens: Der Kanton brauche ein mittelfristiges Planungsinstrument, das von einer deutlichen Mehrheit des Rates mitgetragen werde. Die Kommissionsmotion gewährleiste dies. Der Rat müsse seine Verantwortung besser als in den Vorjahren wahrnehmen, das mache er bereits, indem er einen Planungsbericht verlange. Die SVP-Fraktion halte heute schon fest: Wenn nächstes Jahr wieder ein gleicher AFP vorliege, werde sie definitiv eine überarbeitete Fassung verlangen.

Michael Töngi lehnt den Antrag der CVP im Namen der Grünen Fraktion ab. Bereits beim Eintreten habe die Grüne Fraktion festgehalten, dass sie im Juni anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017 eine Diskussion über Einnahmen, Ausgaben, über das Steuerge-

setz, den Steuerfuss und die Schuldenbremse führen möchte. Diese Fragen müsse der Rat im Juni klären können. Die Grüne Fraktion sei skeptisch, ob das tatsächlich gelingen werde. Bis heute wisse man noch nichts Genaueres zum Konsolidierungsprogramm 2017. Es würden weder Zeitplan noch Projektskizze vorliegen und man wisse nicht, wer sich daran beteiligen werde. Ein überarbeiteter AFP wäre aber nicht das richtige Instrument, um im Juni eine gezielte Diskussion führen zu können.

Michèle Graber lehnt den Antrag der CVP im Namen der GLP-Fraktion ab. Die GLP erachte die Forderung nach einem überarbeiteten AFP zum jetzigen Zeitpunkt als etwas verantwortungslos. Der personelle Aufwand wäre sehr gross und könnte von der Verwaltung wohl nicht wahrgenommen werden. Schliesslich müsse das Konsolidierungsprogramm 2017 noch erarbeitet werden, dies in Anbetracht der drohenden Streichung von zusätzlichen Stellen. Die GLP erachte den mittels Kommissionsmotion geforderten Planungsbericht als zielführender. Die GLP behalte es sich ebenso wie die SVP vor, nächstes Jahr nötigenfalls einen überarbeiteten AFP zu verlangen.

Damian Hunkeler lehnt den Antrag der CVP im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls ab. Es wäre unsinnig, bis im Juni einen überarbeiteten AFP zu verlangen. Das Konsolidierungsprogramm 2017 habe Priorität. Die FDP freue sich auf einen aussagekräftigen AFP 2017–2020. Ylfete Fanaj weist darauf hin, dass der Antrag der CVP der PFK nicht vorgelegen sei. Die SP-Fraktion werde den Antrag der CVP unterstützen. Bis anhin habe man nie eine Überarbeitung des AFP verlangt, vielleicht sei jetzt die Zeit dazu. Natürlich stelle das einen zusätzlichen Aufwand für die Verwaltung dar. Der überarbeitete AFP könnte als gute Grundlage für das Konsolidierungsprogramm 2017 dienen.

Yvonne Hunkeler erlaubt sich eine Vorbemerkung. Die CVP-Fraktion sei etwas irritiert über die persönliche Wertung des Kommissionspräsidenten zu ihrem Antrag. Der Antrag sei der PFK nicht vorgelegen. Bei der Kommissionsmotion handle es sich um die Minimalvariante, die gefordert werden müsse, der Antrag der CVP stelle den konsequenten Weg dar. Sie möchte sich noch zum Konsolidierungsprogramm 2017 äussern. Gemäss FLG müsse die Regierung im Budgetjahr eine Steuererhöhung beantragen, wenn die Massnahmen nicht ausreichen, um den AFP ins Lot zu bringen. Als Massnahme werde von der Regierung das Konsolidierungsprogramm 2017 geliefert. Scheinbar sei das Konsolidierungsprogramm 2017 die rettende Lösung. In der PFK seien von allen Fraktionen sehr gute Inputs zum Konsolidierungsprogramm 2017 gemacht worden. Sie rate deshalb der Regierung dringend, diese Inputs mitzunehmen und die Ideen umzusetzen. Sie liessen sich gerne vom Erfolg des Konsolidierungsprogrammes 2017 überzeugen, die Latte liege aber hoch. Im Moment bestünden noch gewisse Zweifel daran. Deshalb unterstützte die CVP die Kommissionmotion und halte an ihrer Forderung nach einem überarbeiteten AFP fest.

Armin Hartmann ergänzt, dass die Bemerkung 51 der PFK auf seinen Hinweis hin nachträglich verteilt worden sei. Seiner Meinung nach habe diese Bemerkung gefehlt. Die Überweisung der Kommissionmotion sei mit dem Antrag der CVP-Fraktion nicht kompatibel: Würde der Antrag der CVP-Fraktion überwiesen, wäre die Kommissionmotion nicht mehr notwendig. Deshalb seien der PFK-Antrag und die Vertretung durch den PFK-Präsidenten seiner Meinung nach legitim.

Erwin Arnold äussert sich als ehemaliger Präsident der PFK. Während der ganzen letzten Legislatur sei kein einziger AFP genehmigt worden. Man habe dem AFP zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und es habe sich keine Mehrheit finden lassen, um einen neuen AFP zu verlangen. Die PFK habe sich immer vertrösten lassen und habe Verständnis gezeigt. Die PFK habe sich mit Leistungen und Strukturen I und II hinhalten lassen, nun folge das Konsolidierungsprogramm 2017. In der Zwischenzeit sei man auf dem falschen Fuss erwischt worden mit der Einbusse von 80 Millionen Franken aus der NFA. Dieses Jahr lasse man den AFP nicht überarbeiten, wegen fehlender Ressourcen. Nächstes Jahr wolle man aber einen überarbeiteten AFP verlangen, falls das notwendig sein sollte. Wieso sollte das nächste Jahr möglich sein, aber dieses Jahr nicht? Langsam müsste der Rat einen AFP verlangen, der ihm wirklich als Planungsinstrument für die nächsten Jahre diene. In den Gemeinden werde die Finanzplanung im Frühling erstellt, danach folge das Budget. Vielleicht müsste man den AFP ebenfalls erst später behandeln. Er verspüre keine Lust mehr, so wie bis anhin weiterzumachen und sich vertrösten zu lassen und über kein Planungsinstrument zu verfügen. Er bitte deshalb den Rat, den Antrag der CVP zu unterstützen.

Charly Freitag sagt, der Kanton Luzern habe in den letzten Jahren viel erreicht. Im Moment stehe man aber vor einer ausserordentlichen Situation. Es würden Einnahmen wegfallen,

etwa aus der NFA. Gleichzeitig würden die Ausgaben überproportional ansteigen. Es bestehe Handlungsbedarf, und zwar jetzt. Wichtig sei, dass ein genehmigtes Budget vorliege. Danach müsse das Konsolidierungsprogramm 2017 erarbeitet werden. Auf dieser Basis solle der AFP verabschiedet werden können. Man solle keine weitere Zeit verschwenden und die Regierung nicht nochmals mit dem Budget und dem AFP beschäftigen. Die Ausgangslage des Kantons sei nicht so schlecht, aber es sei Gefahr in Verzug. Was der Rat heute entscheide, werde den Kanton nächstes Jahr prägen. Nun gelte es die zukünftige Richtung festzulegen.

Jörg Meyer findet ebenfalls, es sollte keine weitere Zeit verschwendet werden. Aber der Kanton Luzern stehe auch bei den Finanzen vor einer ausserordentlichen Lage. Ausserordentliche Lagen erforderten ein ausserordentliches Vorgehen. Er habe Verständnis für den Aufwand, der damit in der Regierung und der Verwaltung ausgelöst werde. Aber das Parlament dürfe in dieser ausserordentlichen Situation keine Mühen scheuen, um danach über gute und umfassende Entscheidungsgrundlagen zu verfügen. Diese Grundlagen müssten im nächsten halben Jahr aufgearbeitet werden. Er bitte den Rat, dem Antrag der CVP zuzustimmen.

Fabian Peter erklärt, der Rat habe über einen Tag diskutiert und über 50 Anträge behandelt, und am Schluss liege ein abgelehnter AFP vor. Das sei bereits das vierte Mal in Folge so. Als langjähriger Gemeindeammann sei es ihm bewusst, dass man nach Lösungen suchen müsse. Im Gemeinderat arbeite man konsensorientiert und versuche gemeinsam eine Lösung zu suchen. Die Regierung wie auch das Parlament seien vom Volk gewählt worden. Mit ihrer Wahl hätten alle versprochen, das Beste für den Kanton zu wollen. Er fordere alle auf, speziell auch die Regierung, beim Konsolidierungsprogramm 2017 die Interessenvertreter miteinzubinden. Auf diese Weise sollte es möglich sein, einen mehrheitstauglichen AFP zu erarbeiten.

Patrick Hauser sagt, die FDP-Fraktion sei dafür, den Weg des Konsolidierungsprogrammes 2017 zu gehen, bei dem die Stakeholder abgeholt und integriert werden sollten, um eine tragfähige Lösung zu erzielen.

David Roth erklärt, bei einer Gemeinde laufe der Budgetprozess anders ab als beim Kanton. Für das Kantonsparlament sei der AFP das stärkste Instrument, um die Finanzpolitik zu steuern. Nur mit dem Konsolidierungsprogramm 2017 allein gebe man dem Regierungsrat freie Hand, wen er miteinbeziehen wolle und wen nicht. Das Konsolidierungsprogramm sei ein Abbauprogramm, der AFP dagegen eine Gesamtsicht über den Kanton. Deshalb bitte er den Rat, dem Antrag der CVP zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag der CVP-Fraktion ab. Der AFP sei das wichtigste Planungsinstrument des Rates. Man solle den AFP nicht schlechter machen als er sei, ob genehmigt oder nicht genehmigt. Die Mengengerüste und die finanziellen Aussagen seien immer noch dieselben. Auch der nicht genehmigte AFP bilde die Ausgangslage für den nächsten AFP. Der vorliegende AFP habe mit den überwiesenen Bemerkungen extrem an Qualität gewonnen. Mit diesen Bemerkungen arbeite man weiter. Der von der CVP geforderte überarbeitete AFP sei keine Lösung. Der Informationsstand des überarbeiteten AFP würde auf Zahlen vom März oder April und zum Teil auf Annahmen beruhen. Die Behandlung des überarbeiteten AFP im Juni würde dadurch nicht einfacher, im Gegenteil. Die Regierung erstelle ein Konsolidierungsprogramm. Im Juni liege ein Planungsbericht dazu vor, dieser werde im November zum ersten Mal beraten, weil er Gesetzesänderungen beinhalte. Im Dezember werde der Planungsbericht zum zweiten Mal beraten, zusammen mit dem AFP. Das Ergebnis aus dem Konsolidierungsprogramm 2017 fliesse in den AFP ein.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 65 zu 49 Stimmen zu und lehnt den Antrag von Ludwig Peyer namens der CVP ab.

Die bisherige *Ziffer 2* wird zu *Ziffer 3*.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019- des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 107 zu 3 Stimmen zu. Der AFP wird somit nicht genehmigt. Die vom Rat beschlossenen Bemerkungen werden als Anhang zum Aufgaben- und Finanzplan aufgenommen und dem Rat mit dem publizierten Kantonsratsbeschluss zugestellt. Der Regierungsrat informiert

den Kantonsrat mit dem nächsten Aufgaben- und Finanzplan über die Behandlung der Bemerkungen.

### *Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2016 des Kantons Luzern*

#### *Allgemeiner Personalaufwand*

Hans Stutz stellt den folgenden Antrag: "Der budgetwirksame Personalaufwand beträgt 0.5% zuzüglich 0.5% Mutationsgewinn" Er beantrage den Lohn so zu gestalten, wie es bereits im AFP 2015–2018 vorgeschlagen worden sei. Von einer weiteren Reduktion sei abzusehen, sonst werde der Kanton zu einem unverlässlichen Arbeitgeber. Seit 2011 weiche der Kanton immer wieder von der ursprünglichen Planung ab zu Ungunsten des Staatpersonals. Das Staatspersonal habe zudem bei Leistungen und Strukturen Abstriche bei den Lohnzulagen hinnehmen müssen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, diese Bemerkung sei der PFK nicht vorgelegen.

Marcel Zimmermann lehnt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion ab. Die SVP werde alle Anträge, welche durch Mehrausgaben eine Verschlechterung des Budgets zur Folge hätten, ablehnen.

Yvonne Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Man habe bei der Beratung des AFP bereits über Personalmassnahmen gesprochen. Die CVP lehne aber nicht wie die SVP generell alle Anträge ab, die Mehrausgaben verursachten.

Damian Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls ab. Die FDP werde, wie bereits beim Eintreten erwähnt, die meisten Anträge der Regierung unterstützen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab.

Es sei verantwortbar, den Personalaufwand um 1 Prozent zu kürzen. Im Moment bestehe eine negative Teuerung und es werde keine Lohnreduktion geben. Zudem würden immer noch 0,5 Prozent Mutationsgewinn für individuelle Massnahmen zur Verfügung stehen.

Der Rat lehnt den Antrag von Hans Stutz mit 79 zu 22 Stimmen ab.

Christina Reusser und Susanne Truttman stellen den folgenden Antrag: "Auf die Massnahme „Reduktion des Personalaufwands um 1%“ ist zu verzichten."

Christina Reusser sagt, dem gestern behandelten Legislaturprogramm sei auf Seite 7 zu entnehmen, dass sich der Kanton Luzern mit seiner Personalstrategie als attraktiver Arbeitgeber präsentieren wolle. Mit guten Anstellungsbedingungen und einem gezielten Marketing sollten sowohl bereits eingestellte als auch potenzielle neue Mitarbeitende erreicht werden. Über alle Anträge hinweg ergebe sich eine Senkung der Personalkosten von insgesamt 6 Prozent. Es würden keine Möglichkeiten für Lohnerhöhungen bestehen. Wie komme der Regierungsrat zum Schluss, von einem attraktiven Arbeitgeber zu sprechen? Schon über Jahre könne das Versprechen betreffend Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwandes nicht mehr eingehalten werden. Gestern seien zudem noch die Pausen gestrichen respektive die Arbeitszeit erhöht worden. Die Grüne Fraktion sei gegen diese Reduktion des Personalaufwandes um 1 Prozent.

Susanne Truttman erklärt, die SP-Fraktion stelle sich auf den Standpunkt, dass die Qualität der Dienstleistungen zugunsten der Bürger des Kantons hoch gehalten werden solle. Die SP wehre sich aber dagegen, dass das Personal den Preis für die aktuelle Finanzpolitik bezahlen solle. Deshalb solle man auf die Reduktion des Personalaufwandes um ein weiteres Prozent verzichten.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, diese Bemerkung sei der PFK nicht vorgelegen.

Adrian Nussbaum lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Im AFP habe er die Begründung für diese Kürzung nicht gefunden. Selbstverständlich gebe es eine Begründung, nämlich Sparen. Man habe aber keine Begründung erhalten, weshalb man ein Prozent bei allen einspare und nur bei einigen noch zusätzliche 5 Prozent. Aus diesem Grund der Ungleichbehandlung werde die CVP-Fraktion in den folgenden Anträgen eine Opfersymmetrie verlangen. Die CVP sei bereit, in dieser finanziell schwierigen Situation auch Kürzungen bei den Personalkosten zu akzeptieren. Die CVP gehe sogar noch einen Schritt weiter und wäre bereit, pauschale Reduktionen bei den Personalkosten zu akzeptieren. Im Gegenzug erwarte sie aber, dass diese Massnahme fair und ausgeglichen erfolgen würde. Sowohl die SP wie auch die Grüne Fraktion lehne alle sogenannten "Rasenmäher-Methoden" ab. Dafür habe er

Verständnis. Er erhoffe sich von der SVP und von der FDP eine konsequente Unterstützung. Wenn er sich bei Mitgliedern der SVP oder FDP erkundige, wo man beim Kanton sparen könne, erhalte er immer dieselbe Antwort: Bei der Verwaltung. Das Aufwandwachstum müsse reduziert und die Verwaltung abgebaut werden. Heute sei der Regierungsrat damit zu beauftragen, die Personalkosten gesamtheitlich anzuschauen aber auch gesamtheitlich zu reduzieren.

Christina Reusser nimmt zum Votum von Adrian Nussbaum Stellung. Die CVP spreche von Opfersymmetrie, wolle also Opfer schaffen. Vielleicht sollte sie etwas auf ihre Wortwahl achten.

Raphael Kottmann äussert sich aus der Optik des Luzerner Staatspersonalverbandes LSPV zu einigen Anträgen und zum Konsolidierungsprogramm 2017. Er teile die Auffassung von Armin Hartmann, dass die Regierung das eigene Personal nicht piesacken wolle. Er sei auch überzeugt, dass das Staatspersonal motiviert sei, täglich einen guten Job zugunsten der Bevölkerung des Kantons Luzern zu leisten. Der LSPV plädiere weder für einen aufgeblähten Staatsapparat noch für eine bürokratisch überbordende und ineffiziente Verwaltung. Das Personal stehe dezidiert ein, für qualitativ hohe und bürgernahe Leistungen des Service public, für zeitgemässe Arbeitsplätze und für eine verlässliche Personalpolitik und die nötige Wertschätzung. Der LSPV stehe hinter einem nachhaltig ausgeglichenen Staatshaushalt. Dies bedinge eine schonungslose Analyse der Ausgangslage und eine Massnahmendiskussion ohne Scheuklappen, wie dies die PFK vom KP 17 erwarte. Dabei seien die Ausgaben, die Einnahmen, die Verschuldung und die Investitionen gleichermaßen zu beleuchten. Der LSPV schaue der aktuellen Entwicklung mit Besorgnis entgegen. Das gesellschaftliche Gefälle zwischen wohlhabenden und mittelständischen Bevölkerungsschichten, namentlich Familien, werde noch grösser. Damit der Abbau beim Service public nicht zum Dauerauftrag verkomme, erkenne man, dass auch auf der Einnahmenseite Handlungsbedarf bestehe. Deshalb fordere der LSPV eine Diskussion über das Ausgabenwachstum aber auch über nötigenfalls temporäre Steuererhöhungen und eine Flexibilisierung der Schuldenbremse. Wenn diese objektive Analyse gewährleistet sei, leiste der LSPV weiterhin seinen Teil zur Entschärfung der Finanzsituation.

Erich Leuenberger lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ab. Die Beratung des AFP sei mit über 50 Bemerkungen abgeschlossen worden. Er selber sei sehr erstaunt gewesen, wie viele Bemerkungen tatsächlich überwiesen worden seien. Heute gelte es aber ernst. Der Rat trage die Verantwortung, dass ein rechtskonformes Budget genehmigt werde. Bis anhin sei er der Meinung gewesen, dass es sich bei der CVP um eine staatstragende Partei mit einer gewissen Selbstverantwortung handle und zum Wohl der Sache auch Kompromisse mitgetragen habe. Es sei Sache des linksgerichteten Lagers, das rechtskonforme Budget zu versenken. Er finde es aber verantwortungslos, wenn die CVP Vorschläge der Regierung ablehne. Er frage sich, wo die Kompromissbereitschaft geblieben sei. Nicht der parteiilose Finanzdirektor allein habe die Sparvorschläge gemacht, sondern der gesamte Regierungsrat. Die bürgerlichen Parteien müssten zusammenstehen, so komme der Kanton zu einem rechtskonformen Budget.

Michèle Bucher ist sich nicht sicher, ob sie Raphael Kottmann in seiner Funktion als Präsident des LSPV richtig verstanden habe. Das Staatspersonal erkenne ein Ausgabenproblem und sei bereit, unter anderem Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten zu akzeptieren?

David Roth findet, man werfe sich gegenseitig verantwortungslose Methoden vor. Es sei tatsächlich verantwortungslos, generelle Kürzungen von 5 Prozent vorzunehmen. Damit schiebe man die Probleme einfach vor sich her.

Raphael Kottmann ergänzt, dass er bereits gestern betont habe, dass der LSPV zur Loyalität verpflichtet sei. Es handle sich um einen Interessenkonflikt, er sei bereit, gewisse Vorschläge als Vertreter dieses Verbandes mitzutragen. Der LSPV sei nicht gewerkschaftlich aufgestellt. Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Wie schon beim vorangehenden Antrag handle es sich auch hier um eine vertretbare Massnahme.

Der Rat lehnt den Antrag von Christina Reusser und Susanne Truttmann mit 89 zu 22 Stimmen ab.

*H0-1010-Staatskanzlei*

Yvonne Hunkeler stellt den folgenden Antrag:

"Der Personalaufwand wird gegenüber (festgesetztem Budget) 2015 um 5 % reduziert. (Reduktion Aufwand Verwaltungs- und Betriebspersonal in allen Aufgabenbereichen im gleichen Umfang.)

AB-Nr	AB-Bezeichnung	Seite	Veränderung Globalbudget 2016*
1010	Staatskanzlei	72	-330'000

\* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Yvonne Hunkeler äussert sich zu den geplanten Sparaufträgen von 5 Prozent in der Verwaltung. In den Eintretensvoten seien die Meinungen dazu bereits geäussert worden. Der CVP gehe es dabei um eine Opfersymmetrie. Es gehe um Ausgewogenheit, Fairness und Gerechtigkeit für alle in der Verwaltung. Im Budget des Gesundheits- und Sozialdepartementes und des Bildungs- und Kulturdepartementes seien Reduktionen der Personalkosten im Umfang von 5 Prozent berücksichtigt. Dasselbe fordere die CVP von allen Departementen. Es sei immer ihre Absicht gewesen, diese Massnahme auf Departementebene umzusetzen. Die CVP verstehe nicht, warum diese Sparbeiträge nicht in allen Departementen umgesetzt werden könnten. Zwei Departemente würden ihren Personalaufwand um rund sieben Prozent senken, andere um zwei bis zweieinhalb Prozent. Ein Departement baue seinen Stellenetat massiv aus. Welcher Unterschied bestehe zwischen den Verwaltungsangestellten vom Gesundheits- und Sozialdepartement zu jenen vom Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement oder dem Finanzdepartement? In der Zwischenzeit hätten auch andere Kantone solche Methoden anwenden müssen, so etwa der Kanton Zug. Man habe fadenscheinige Argumente gehört, warum eine Senkung in anderen Departementen nicht möglich sei. Damian Hunkeler habe gestern ausgeführt, dass die Departemente die Sparvorschläge entsprechend ihren Möglichkeiten einreichen würden. Im Gesundheits- und Sozialdepartement seien es etwa 400 Verwaltungsangestellte, etwa gleich viele, wie im Finanzdepartement. Worin bestehe also der Unterschied? In der PFK habe man gehört, diese Massnahmen seien zu kurzfristig, um sie auch in den anderen Departementen umsetzen zu können. Weder das Gesundheits- und Sozialdepartement noch das Bildungs- und Kulturdepartement hätten Kündigungen ausgesprochen, kein Departement setzte seine heiklen Sparmassnahmen um, bevor der Kantonsrat diesen zugestimmt habe. Es würden sich aber alle Departemente in der gleichen Ausgangslage befinden. Die Verwaltung könne nur mit einem schlanken Stellenetat schlank gehalten werden.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, seitens einer Fachkommission sei dieser Antrag in der PFK diskutiert und mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt worden. Eine Fraktion habe daraufhin einen Rückkommensantrag gestellt, dieser sei ebenfalls mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt worden.

Armin Hartmann lehnt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion ab. Man habe sich in der PFK davon überzeugen lassen, dass dieser Antrag neue Ungerechtigkeiten zwischen den Departementen schaffen würde. Dazu müsse man wissen, wie es hinter den Kulissen laufe. Erteilt nach Wirkungskraft müsse jedes Departement seinen Beitrag leisten. Die einen würden konkrete, die anderen generelle Massnahmen vorschlagen. Am Schluss müsse die Regierung darüber befinden. Mit dem vorliegenden Antrag werde fernab von jeder Wirkung zu Lasten dreier Departemente gespart, ohne effektiv zu sagen, wo gespart werden solle. Letztendlich wären die drei Departement betroffen, die effektive Massnahmen vorgeschlagen hätten. Sowohl das Gesundheits- und Sozialdepartement wie auch das Bildungs- und Kulturdepartement hätten in der Kommission begründet, warum sie sich für diese allgemeine Massnahme entschieden hätten. Die anderen drei Departemente hätten ihre Massnahmen erläutert und gezeigt, dass auch sie ihren Beitrag geleistet hätten. Es sei etwas pauschal zu sagen, wenn die einen den Personalaufwand um 5 Prozent gekürzt hätten, müssten die anderen dasselbe tun. Das gleiche könnte man beim Sachaufwand verlangen. Wenn zum Beispiel das Gesundheits- und Sozialdepartement bei der Informatik eine Million einsparen würde, könnte man von den anderen vier Departementen nicht das Gleiche verlangen. Kein Departement gehe als Sieger aus dieser Budgetdebatte heraus, alle hätten ihren Beitrag geleistet. Die SVP wolle ein Budget, deshalb stehe sie hinter dem Entwurf der Regierung. Dieser Antrag sei zwar gut gemeint, für das Budget 2016 aber nicht sinnvoll.

Michael Töngi lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Die Grünen würden sich generell gegen diese pauschalen Kürzungen von 5 Prozent wehren, unabhängig davon, um

welche Departemente es sich handle. Die CVP habe sich anfänglich über die Kürzung von 5 Prozent beim Bildungs- und Kulturdepartement und beim Gesundheits- und Sozialdepartement gestört. Aber statt diese Massnahme zu hinterfragen, dehne sie diese nun auf alle Departemente aus. Aus Sicht der Grünen Fraktion sei dies der falsche Weg. Gerade dieser Antrag zeige, dass eine solche Kürzung falsch wäre. Der Rat habe bereits über die Überlastung der Staatskanzlei diskutiert und sei dabei zum Konsens gekommen, dass sogar mehr Personal notwendig wäre. Nun wolle die CVP rund drei Stellen wegstreichen. Das funktioniere nicht. Wenn man auch nur halbwegs verantwortlich gegenüber dem Personal sein wolle, könne man nicht in einem Jahr eine Kürzung von 5 Prozent vornehmen. Der Rat solle über seinen Schatten springen, er könne auch einmal ein Budget verabschieden, das die Schuldenbremse nicht einhalte. Schliesslich könne der Datenschutzbeauftragte seinen gesetzlichen Auftrag auch nicht wahrnehmen, daran habe sich die Mehrheit des Rates nicht gestört. Scheinbar bestünden obligatorische Gesetze, die eingehalten werden müssten, und fakultative, die je nach Finanzlage eingehalten würden.

Damian Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ab. Er könne sich den Ausführungen von Armin Hartmann anschliessen. Die Departemente hätten die Sparbeiträge ihren Möglichkeiten entsprechend geleistet. Die von den Departementen in den letzten Jahren geleisteten Sparbeiträge gingen bei diesem Antrag der CVP komplett vergessen. Die FDP-Fraktion werde alle Anträge, die eine generelle Kürzung von 5 Prozent verlangten, ablehnen. Das Budget müsse gesetzeskonform verabschiedet werden, dazu gehöre das Einhalten der Schuldenbremse.

Susanne Truttmann lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Die SP werde auch alle weiteren Anträge der CVP, die eine generelle Kürzung von 5 Prozent beim Personalaufwand verlangten, ablehnen. Sie seien dagegen, hier Personalmassnahmen zu treffen, deren Auswirkungen nicht bekannt seien. Anlässlich dieses Antrags spreche die SP-Fraktion den Mitarbeitenden ihren herzlichen Dank aus. Der Rat profitiere von der zuverlässigen Arbeit der Staatskanzlei. Beim Antrag 5 handle es sich um dasselbe: Die Finanzkontrolle leiste einen super Job. Ob es dem Rat ernst sei, sich mit einer Kürzung von 5 Prozent dafür zu bedanken? Der SP-Fraktion komme beim Vorgehen der CVP das Motto "wie du mir, so ich dir" in den Sinn.

Michèle Graber lehnt im Namen der GLP-Fraktion alle Anträge der CVP mit einer Kürzung von 5 Prozent beim Personalaufwand ab. Im Rahmen des Budgetprozesses hätten die Departemente ausführlich miteinander über die jeweiligen Einsparungen diskutiert. Folglich auch darüber, welche Leistungen mit wieviel Personal angeboten werden könnten. Die Resultate daraus könnten der vorliegenden Botschaft und der Überleitungsliste entnommen werden. Mit einer linearen Kürzung im Personalaufwand der Departemente beschliesse man etwas, ohne die Folgen davon zu kennen. Sparen beim Personal bedeute einen Abbau der Leistungen. Es sei aber nicht bekannt, welche Leistungen betroffen wären. Diese Informationen würden der GLP fehlen. Es sei unmöglich, diese Sparmassnahme so kurzfristig umzusetzen. Zudem würden jene Departemente bestraft, die ihre Sparziele zum Beispiel damit erreichten, externe Leistungen zukünftig mit eigenem Personal zu erbringen. Mit dem vorliegenden Antrag würde dieses Personal zusätzlich weggespart.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Diese Anträge seien ohne einen Bezug auf ein Globalbudget zu einem Aufgabenbereich eingereicht worden. Somit seien sie eigentlich nicht gültig gewesen, weil die Globalbudgets pro Aufgabenbereich beschlossen werden müssten. Deshalb habe das Finanzdepartement die Anträge dem Wortlaut entsprechend pro Aufgabenbereich umgerechnet. So liessen sich Differenzen zu den von Yvonne Hunkeler eingereichten Zahlen erklären. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, um Sparmassnahmen umzusetzen: Solche Sparschlüssel könnten das Wachstum, das Globalbudget, die Investitionen oder das Personal beinhalten. Daraus gelte es einen Kompromiss zu finden, was die Departemente auch gemacht hätten. Der Antrag der CVP erscheine ihm deshalb überhaupt nicht sinnvoll. Es gehe nicht darum Departemente oder Parteien zu schonen. Das einzige Kriterium seien die Leistungen in den Hauptaufgaben. Frau Hunkeler habe gefragt, warum beim Finanzdepartement nicht die gleichen Kürzungen wie etwa bei Gesundheits- und Sozialdepartement gemacht werden könnten. Solche generelle Kürzungen würden die Motivation hemmen, auch organisatorische Änderungen vorzunehmen und Personal einzusparen. Das einzige Kriterium einer Massnahme sei die Wirkung davon und nicht die Massnahme selbst.

Der Rat lehnt den Antrag von Yvonne Hunkeler mit 80 zu 34 Stimmen ab.

Hans Stutz stellt den folgenden Antrag: "Der Personaletat beim Datenschutzbeauftragten ist aufzustocken und das Globalbudget um 150'000 Franken zu erhöhen." Damian Hunkeler habe in Aussicht gestellt, dass die FDP ein gesetzeskonformes Budget verabschieden wolle. Das könnte zu einem Dilemma führen, denn der Datenschutzbeauftragte arbeite seit längerer Zeit nicht mehr nach den gesetzlichen Vorgaben. Die Regierung habe im Juli erklärt, dass es mit der geplanten Stellenaufstockung möglich sei, er zitiere, "...die Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben zu ermöglichen.". Die Stelle des Datenschutzbeauftragten müsse aufgestockt werden können, damit er seiner Aufgabe gesetzeskonform nachkommen könne. Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, bei der Behandlung des AFP sei ein solcher Antrag vorgelegen und von der PFK mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden. Bei der Behandlung des Budgets sei diesbezüglich kein weiterer Antrag gestellt worden. Peter Fässler unterstützt den Antrag im Namen der SP-Fraktion. Die Personalsituation in diesem Bereich entspreche schon lange nicht mehr dem Ausmass der zu erledigenden Arbeiten. Er habe auf die Folgen davon in seinem letzten Votum hingewiesen. Gerade in den kantonalen und kommunalen Verwaltungen würden der Datenschutz und der Umgang mit sensiblen Daten immer wichtiger. Deshalb brauche es eine Stelle, die kontrolliere, ob die gesetzlichen Vorgaben eingehalten würden. Der gesetzliche Auftrag des Datenschutzbeauftragten laute wie folgt: "Der Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige Aufsichtsstelle die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz mit der kantonalen und kommunalen Verwaltung zu überwachen. Er berät die Verwaltungsstellen in allen datenschutzrechtlichen Belangen, sorgt für deren Ausbildung und bearbeitet Anfragen und Gesuche von auskunftssuchenden Personen." Mit einer Einführung des Öffentlichkeitsprinzips hätte eine Entlastung des Datenschutzbeauftragten stattfinden können. Leider sei das Öffentlichkeitsprinzip in der letzten Session abgelehnt worden. Deshalb sei eine personelle Aufstockung unumgänglich. Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Die Regierung wisse, dass beim Datenschutz eine personelle Verstärkung notwendig sei. Aufgrund der aktuellen Sachlage verzögere sich diese Stellenaufstockung etwas. Der Rat lehnt den Antrag von Hans Stutz mit 74 zu 20 Stimmen ab.

#### *H0-1020-Finanzkontrolle*

Yvonne Hunkeler stellt den folgenden Antrag:

"Der Personalaufwand wird gegenüber (festgesetztem Budget) 2015 um 5 % reduziert. (*Reduktion Aufwand Verwaltungs- und Betriebspersonal in allen Aufgabenbereichen im gleichen Umfang.*)

AB-Nr	AB-Bezeichnung	Seite	Veränderung Globalbudget 2016*
1020	Finanzkontrolle	75	-10'000

\* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Yvonne Hunkeler bringt einige Anmerkungen an. Hinter den Anträgen der CVP stecke keine politische Absicht. Die CVP nehme ihre Verantwortung wahr und wolle differenziert vorgehen. Sie wolle keine Belastungen für Familien und den Mittelstand, die Sicherheit gewähren, die Qualität in der Bildung halten und eine Ausgewogenheit bei den Sparmassnahmen innerhalb der Departemente erzielen. Die CVP werde die eingeschlagene Linie bis am Schluss beibehalten. Sie bitte daher die FDP und die SVP nochmals, die Anträge der CVP zu unterstützen. Die Ablehnung der SP und der Grünen hingegen sei konsequent.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, wiederholt, dass dieser Antrag von der PFK mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt worden sei.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab.

Die Finanzkontrolle sei dem Rat unterstellt und prüfe den Regierungsrat.

Der Rat lehnt den Antrag von Yvonne Hunkeler mit 67 zu 32 Stimmen ab.

#### *H0-FD*

Yvonne Hunkeler stellt den folgenden Antrag:

"Der Personalaufwand wird in allen Aufgabenbereichen gegenüber (festgesetztem Budget) 2015 um 5 % reduziert.

(*Reduktion Aufwand Verwaltungs- und Betriebspersonal in allen Aufgabenbereichen im glei-*

chen Umfang. Im FD zusätzliche Reduktion in H0-4020, H0-4030, H0-4040, H0-4050, H0-4060, H0-4070, H0-4071 und H9-4031.)

AB-Nr	AB-Bezeichnung	Seite	Veränderung Globalbudget 2016*
4020	Stabsleistungen FD	83	-400'000
4030	Dienstleistungen Finanzen	87	-80'000
4031	Finanzen	247	-550'000
4040	Dienstleistungen Personal	90	750'000
4050	Informatik und Material	93	-1'700'000
4060	Dienstleistungen Steuern	98	-920'000
4070	Dienstleistungen Immobilien	102	-290'000
4071	Immobilien	106	0

\* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Er äussere sich zum letzten Mal zu den "5-Prozent-Sparanträgen" der CVP. Er könne die Pluszahlen im Bereich FD erklären. Wie beantragt habe man die Berechnungen aufgrund des Budgets 2015 vorgenommen. Bei den Stabsleistungen FD habe es beim Departementssekretariat zusätzliches Personal gegeben. Dieses sei nicht eingestellt, sondern vom Regierungsstatthalter übernommen worden. Beim Aufgabenbereich Finanzen handle es sich nicht um Mitarbeiter, sondern um ehemalige Magistraten. Es sei eine gesetzliche Verpflichtung, diese Ruhegehälter zu bezahlen. Darum bestehe dort kein Handlungsspielraum. Die Sparmassnahmen könnten nicht einfach linear angewandt werden. Der Rat lehnt den Antrag von Yvonne Hunkeler mit 69 zu 32 Stimmen ab.

#### *H0-4050-FD–Informatik und Material*

Inge Lichtsteiner stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget ist um 1'000'000 Franken zu reduzieren. (Der Personalaufwand im Aufgabenbereich Informatik und Material wird auf dem Niveau von 2015 plafoniert. Kein Ausbau des Stellenetats um 7 Stellen. (Antrag wird zurückgezogen, falls Antrag Hunkeler Yvonne zu 83ff./H0 FD zugestimmt wird). "Es sei bereits erwähnt worden, dass einige Departemente massiv Stellen abbauen würden, andere dagegen würden sogar Stellen aufstocken. Es werde bei den Behinderten gespart, bei der Bildung und sogar bei der Sicherheit. Gerade auf diese Bereiche werde aber von den Bürgern Wert gelegt. Zu Recht sei gestern die PFK-Bemerkung überwiesen worden, wonach das IT-Portfolio überprüft werden solle. Es müsse eine Gesamtschau über das Wünschbare, das Machbare und das unbedingt Notwendige gemacht werden. In einem privaten Unternehmen werde zuerst ein Projekt bestimmt und erst danach das entsprechende Personal eingestellt und nicht umgekehrt. Die CVP-Fraktion beantrage, den Stellenetat im IT-Bereich auf dem Niveau von 2015 zu plafonieren und 2016 keine weiteren Stellen zu genehmigen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, diese Bemerkung sei der PFK nicht vorgelegen.

Jörg Meyer lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Die Situation der kantonalen Informatik sei im Rat schon intensiv diskutiert worden. Dabei sei es mehr als deutlich geworden, dass ein Bedarf an Projekten bestehe und investiert werden müsse, um im Bereich der Informatik einen akzeptablen Stand zu erreichen. Die kantonale Informatik sei bereits am Anschlag. Ohne klare Anapassung des Leistungsauftrages, handle es sich bei diesem Antrag um eine radikale Methode. In der SPK sei ausgewiesen worden, wofür diese sieben Stellen notwendig seien. Der Personalbestand in der DIIN werde zudem ab 2016 plafoniert.

Marcel Zimmermann unterstützt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion. Bei der DIIN gebe es einige Projekte, deren Sinn nicht erkennbar sei. Projekte, die zu einem Effizienzgewinn führten, müssten priorisiert werden. Mit der verlangten Kürzung von einer Million Franken sei das möglich.

Damian Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion. Die FDP werde aber den nachfolgenden Antrag von Marcel Zimmermann unterstützen, welcher eine Kürzung von 500'000 Franken verlange.

Michael Töngi lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Eine nicht gut funktionierende Informatik Sorge immer für grossen Ärger. Es sei klar, dass die Bürger lieber bei der

Informatik als bei Behinderten oder in der Bildung sparen möchten. Aber so einfach sei das eben nicht. Weder die CVP noch die SVP hätten konkrete Projekte nennen können, die scheinbar überflüssigerweise budgetiert worden seien. Nur nach einer Priorisierung zu verlangen, sei etwas zu einfach.

Urs Brücker spricht sich im Namen der GLP für einen Kompromiss aus. Die GLP werden den Antrag von Inge Lichtsteiner ablehnen, dafür aber dem nachfolgenden Antrag von Marcel Zimmermann zustimmen.

Ylfete Fanaj staunt, dass scheinbar so wenig über die Informatik bekannt sein solle. Im Jahr 2012 sei ein Informatikbericht vom Rat verabschiedet worden. Darin seien die verschiedenen Projekte aufgezeigt worden. Natürlich habe es bei der DIIN einige Ungereimtheiten gegeben, die entsprechenden Untersuchungen seien aber abgeschlossen und die Resultate dazu würden vorliegen. Man solle den Antrag von Inge Lichtsteiner ablehnen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Die Hauptbezügler der Informatik seien die Schulen. Um zum Beispiel das Internet an die Schulen zu bringen, müssten dazu die entsprechenden Installationen vorgenommen und der entsprechende Support geleistet werden. Zur Entlastung der Front werde etwas bestellt, dabei vergessen, dass im Hintergrund dafür gearbeitet werden müsse. Die DIIN müsse mit dem gleichen Personalbestand immer mehr leisten. Es werde aber darüber gestaunt, wenn etwas nicht so funktioniere, wie es sollte. In den meisten Fällen wäre es nicht mehr möglich, die Leistungen des Staates ohne die Informatik zu erbringen. Vor zwei Jahren sei es zu einem Totalausfall der Informatik gekommen, dabei sei alles still gestanden. Nur gerade die Informatik der Polizei hätte dank der entsprechenden Infrastruktur aufrechterhalten werden können. Es sei keine gute Idee, die Front entlasten zu wollen und gleichzeitig die Informatik abzubauen. Er erinnere an die endlosen Debatten mit der AKK, wonach Ordnung in die DIIN zu bringen und das Personal zu verstärken sei. Ein paar Monate später fordere man nun das Gegenteil. Es sei mit der Regierung vereinbart worden, dass die DIIN Personal aufstocken könne, jedoch budgetneutral. Das bedeute, externe Stellen abzubauen und diese Mitarbeiter in den Bestand aufzunehmen. Dadurch würden die Leistungen günstiger, aber das Knowhow bleibe erhalten. In gewissen Bereichen sei es zudem schwierig, geeignete Fachpersonen zu finden.

Der Rat stimmt dem Antrag von Inge Lichtsteiner mit 62 zu 49 Stimmen zu.

Marcel Zimmermann zieht seinen folgenden Antrag zurück: "Das Globalbudget Informatik und Material wird um 500'000 Franken reduziert."

#### *H0-4071-FD-Immobilien*

Guido Roos stellt den folgenden Antrag: "Das Globalbudget der Investitionsrechnung wird um 1'000'000 Franken reduziert. *(Die Planung des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (Waffel) wird aufgrund der finanziellen Lage des Kantons vorübergehend sistiert.)*"

Am Seetalplatz solle für rund 1100 Mitarbeitende ein zentrales Verwaltungsgebäude entstehen. Der Kanton Luzern solle zirka 150 Millionen Franken in den Bau investieren. Die CVP sei der Überzeugung, dass es zum heutigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei, ein Verwaltungsgebäude für 150 Millionen Franken zu planen. Gestern sei das Legislaturprogramm 2015–2019 behandelt worden. Beim Eintreten hätten praktisch alle Fraktionen zwei von der Regierung definierten Grundsätze unterstützt, nämlich: "Unsere Politik dient den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Luzern" und "Mit den Ressourcen des Kantons soll haushälterisch umgegangen werden." Bei der heutigen finanziellen Lage handle es sich beim Projekt Waffel um ein Luxusprojekt. Die Botschaft, die man damit dem Volk sende, sei schlecht. Das Volk müsse laufend Gebührenerhöhungen hinnehmen aber der Kanton baue sich ein neues Verwaltungszentrum für 150 Millionen Franken. Dafür hätten weder das Volk noch die CVP Verständnis. Dieses Projekt hätte in naher Zukunft keine Chance bei einer Volksabstimmung. Längerfristig spreche sich die CVP aber nicht gegen das Projekt Waffel aus.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 11 zu 6 Stimmen abgelehnt worden. Daraufhin sei der Antrag zurückgezogen worden.

Marcel Budmiger lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Die CVP solle einen entsprechenden Antrag stellen, wenn sie gegen eine Zentralisierung der Verwaltung am Seetalplatz sei. So könne der Kanton auch eine Alternative zu diesem Bau planen. Die Stadt wüsste so zugleich, dass sie die von der Verwaltung belegte Fläche von 30000 m<sup>2</sup> nicht anders

nutzen könne. Die CVP mache aber einen Denkfehler, wenn es ihr tatsächlich nur um die Sistierung des Projektes Waffel gehe. Sparen bedinge manchmal Investitionen, die mittelfristig zu Einsparungen führten. Beim Projekt Waffel sei dies der Fall. Wenn der Kanton wegen einer zu starren Schuldenbremse solche Investitionen nicht mehr tätigen könne, werde damit kein Geld gespart, im Gegenteil. Bei einer Abstimmung über das Projekt Waffel liesse sich das Volk mit guten Argumenten sicher davon überzeugen. Der Kanton müsse nicht mangels Geld an allen Ecken und Enden sparen, sondern wegen der Schuldenbremse. Mit einer Lockerung der Schuldenbremse liessen sich manche Probleme lösen.

Michael Töngi lehnt den Antrag im Namen der Grünen Fraktion ab. Anfänglich seien die Grünen dem Projekt Waffel skeptisch gegenübergestanden. Mittlerweile seien sie aber der Meinung, dass es damit vorangehen müsse. Mit einer Sistierung würde der Kanton ein komisches Signal senden. Deshalb müsse auch innert nützlicher Frist über den Bau entschieden werden. Auch wenn die CVP beim Sparen andere Schwerpunkte setze, so unterstütze sie dasselbe Budget wie die SVP und die FDP es täten. Mit dem vorliegenden Antrag erwecke die CVP aber den Eindruck, dass sie das Volk vor den Spareffekten retten wolle.

Michèle Graber lehnt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion ab. Es erscheine in Anbetracht der finanziellen Herausforderungen etwas vermessen, die Planung eines Verwaltungsgebäudes aufzunehmen. Deshalb sei ein erhöhter Kommunikations- und Informationsbedarf vorhanden, damit auch die Bevölkerung gut informiert sei. Es müsse klar sein, warum ein neues Verwaltungsgebäude gebraucht werde und wo die Vorteile für die Verwaltung, die Wirtschaft, die Finanzen sowie die Bevölkerung liegen würden. Auch in finanziell schwierigen Zeiten seien Investitionen in die Zukunft notwendig. Anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017 dürfe man nicht in Untätigkeit verfallen und jegliche Investitionen abwürgen. Die GLP fordere aber eine frühzeitige Diskussion über das gesamte Projekt Waffel.

Rolf Born lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ab. Die kantonale Verwaltung müsse rund 68 Prozent der notwendigen Büroflächen fremd zumieten und sei auf über 30 Standorte in der Stadt Luzern verteilt. Das Einsparpotenzial beim Projekt Waffel liege im Minimum bei 7,5 Millionen Franken pro Jahr. Luxus bedeute, dieses Einsparpotenzial nicht zu nutzen und dass die Stadt diese Flächen nicht anders vermieten könne. 2006 hätten der Kanton Luzern, die Stadt Luzern inklusive Littau und Emmen beschlossen, das ganze Gebiet am Seetalplatz nicht nur vor Hochwasser zu schützen und den Verkehr zu optimieren, sondern zu einem zweiten Stadtzentrum zu entwickeln. Nun gehe es darum, dieses Gebiet zu entwickeln. Man habe Vertrauen zu Investoren aufgebaut, dabei sei das Verwaltungsgebäude einer der Eckpfeiler. Werde dieses Vertrauen nun zerstört, hätte das auch Folgen auf die Planungskosten. Zudem sei ein Postulat mit der Forderung hängig, dass der Kanton auch das Investorenmodell prüfe. Es gelte zukunftsgerichtet zu denken und nicht auf mögliche Einsparpotenziale zu verzichten.

Susanne Truttman lehnt den Antrag im Namen der SP-Fraktion ab. Das Projekt Waffel bringe mittel- und langfristig klare Synergien. Das neue Verwaltungsgebäude mit zentralisierten Arbeitsplätzen habe Einsparungen zur Folge. Es sei ihr unerklärlich, wie man auf solche Einsparungen verzichten könne. Die Planung solle fortgeführt werden.

Marcel Zimmermann lehnt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion ab. Der Finanzdirektor habe anlässlich der PFK-Sitzung ausgeführt, dass durch das Projekt Waffel 7,5 Millionen Franken pro Jahr eingespart werden könnten. Die Regierung müsse detailliert aufzeigen, wie viele Mietkosten tatsächlich eingespart würden. Er sei nicht sicher, ob die Bevölkerung tatsächlich gegen dieses Projekt wäre, schliesslich könnten damit ja längerfristig Kosten eingespart werden.

Monique Frey stellt folgenden Ordnungsantrag: Das verkürzte Verfahren für die Behandlung dieses Antrages solle aufgehoben werden.

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag von Monique Frey mit 77 zu 34 Stimmen ab.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Der Seetalplatz werde verkehrstechnisch neu gestaltet. Zudem werde ein grosser Busbahnhof mit Verbindungen in alle Richtungen des Kantons gebaut. Es wäre schade, wenn die geplanten Bauarbeiten für längere Zeit eingestellt werden müssten. Im Rahmen der Immobilienstrategie 2011 sei man von einer einfachen Überlegung ausgegangen: Man habe ausgerechnet, ob es sich rentiere, wenn die Mieten eingespart, das Kapital verzinst und die Investition abgeschrieben würden. Das Resultat liege bei 5,7 Millionen Franken und sei von mehreren Spezialisten bestätigt worden. Es wäre schlecht, diese Chance verstreichen zu lassen. Rolf Born habe von 7,5 Millionen Franken gesprochen, darin seien Gewinne aus genutzten

Synergien enthalten. So könnte etwa der Postverkehr wesentlich vereinfacht werden. Ihm sei bewusst, dass eine gute Kommunikation wichtig sei, dazu müsse er aber zuerst einen gewissen Planungsstand erreichen. Der Rat werde mehrmals die Möglichkeit erhalten, zu diesem Projekt Stellung zu nehmen, etwa beim Planungskredit. Die VBK sei schon wiederholt über dieses Projekt informiert worden. Er zähle auch auf das Verständnis des Volkes, schliesslich könne das eingesparte Geld für staatliche Leistungen ausgegeben werden. Der Rat lehnt den Antrag von Guido Roos mit 79 zu 34 Stimmen ab.

Die PFK stellt den folgenden Antrag: "Die Nettoinvestitionen bei den Sachanlagen seien um 1,75 Mio. Franken zu reduzieren."

Michael Töngi und Beat Züsli beantragen, den Antrag der PFK abzulehnen.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, stellt einen Ordnungsantrag: Die Behandlung der beiden Anträge solle am Schluss der Beratung, vor der Schlussabstimmung, durchgeführt werden. Nach der Grundberatung des Voranschlages durch die PFK sei ein Minus von 1,5 Millionen Franken vorgelegen. Die PFK habe gemeinsam nach Lösungen gesucht und sich auf diesen Antrag geeinigt. Er schlage deshalb vor, den Antrag entsprechend erst am Schluss der Debatte zu behandeln.

Beat Züsli lehnt den Ordnungsantrag im Namen der SP-Fraktion ab. Beide Anträge könnten sofort behandelt werden könnten. Diese Kompensationsmassnahme zur Rettung der Schuldenbremse sei falsch. Man könne nicht einfach 1,75 Millionen Franken beliebig streichen und dazu an einem Ort, der ohnehin ungenügende Mittel zur Verfügung habe.

Der Rat stimmt dem Antrag des PFK-Präsidenten Marcel Omlin mit 96 zu 18 Stimmen zu. Die Anträge werden somit später behandelt (vgl. Protokoll Nr. 461 der Dezember-Session).

#### H0-JSD

Yvonne Hunkeler stellt den folgenden Antrag:

"Der Personalaufwand wird in allen Aufgabenbereichen mit Ausnahme der Staatsanwaltschaft, die Polizei gegenüber (festgesetztem Budget) 2015 um 5 % reduziert. (*Reduktion Aufwand Verwaltungs- und Betriebspersonal in allen Aufgabenbereichen im gleichen Umfang. Im JSD zusätzliche Reduktion in H0-6610, H0-6660, H0-6680, H1-6630, H1-6640, H1-6650 und H1-6670.*)

AB-Nr	AB-Bezeichnung	Seite	Veränderung Globalbudget 2016*
6610	Stabsleistungen JSD	112	100'000
6630	Militär, Zivilschutz und Justizvollzug	126	-350'000
6640	Strassen- und Schifffahrtswesen	132	-520'000
6650	Migrationswesen	137	-170'000
6660	Dienstleistungen für Gemeinden	115	310'000
6670	Handelsregisterführung	141	-50'000
6680	Staatsarchiv	118	-100'000

\* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Der Rat lehnt den Antrag von Yvonne Hunkeler mit 76 zu 33 Stimmen ab.

#### H0-6660-JSD–Dienstleistungen für Gemeinden

Hans Stutz und Fiona Schär stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget JSD DfG ist um 150'000 Franken zu erhöhen. (*Schär: Auf die Streichung der Stelle „juristische Mitarbeit“ ist zu verzichten.*)"

Hans Stutz erklärt, bei der Abschaffung des Regierungsstatthalters sei versprochen worden, diese Dienstleistung für die Gemeinden aufrecht zu erhalten. Es brauche eine Kontinuität bei der Beratung, um eine gewisse Vereinheitlichung in den Gemeinden zu erreichen.

Fiona Schär sagt, das Amt für Gemeinden sei Aufsichtsorgan, Kontrollstelle und Auskunftsdienst für und über die Gemeinden. Mit der Streichung dieser Stelle würden freiwillige Dienstleistungen reduziert. Dazu gehöre die präventive Aufsicht über die Vorhaben der Gemeinden, beispielsweise die Vorprüfung von Gemeindeerlassen. In Zukunft müssten die Gemeinden für diese Aufgaben und die daraus folgenden Kosten selber aufkommen. Mit der Abschaffung

des Regierungsstatthalters vor zwei Jahren sei im Kanton eine neue Organisation der Gemeindeaufsicht beschlossen worden. In der entsprechenden Botschaft sei festgehalten worden, dass auch nach der Neustrukturierung eine präventive Aufsicht durch den Kanton angeboten werden solle. Mit der geplanten Abschaffung dieser Stelle sei es unsicher, ob dieser Aufgabenbereich überhaupt erfüllt werden könne. Diese Leistungsreduktion und die daraus resultierende Kostenverschiebung auf die Gemeinden wolle die SP nicht unterstützen. Darum unterstütze sie die Beibehaltung dieser Stelle.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Der Rat lehnt den Antrag von Hans Stutz und Fiona Schär mit 85 zu 20 Stimmen ab.

#### *H0-6620-JSD–Polizeiliche Leistungen*

Hans Stutz, Gianmarco Helfenstein und Ylfete Fanaj stellen den folgenden Antrag: "Der Personalaufwand und damit das Globalbudget im Voranschlag ist um 1'400'000 Franken zu erhöhen. Auf die Reduktion der Patrouillen ist zu verzichten."

Hans Stutz erklärt, in Zukunft würde in 15 Prozent der Fälle die Interventionszeit mehr als 25 Minuten betragen. Bei einem Unfall auf der Landschaft könnten durchaus 30 Minuten bis zum Eintreffen der Polizei verstreichen. Als Stadtbewohner empfehle er den Bewohnern der Randgebiete, seinem Vorschlag zu folgen. Es gehe dabei um die Sicherheit der gesamten Bevölkerung im Kanton Luzern. Treffen könnte es jeden von uns.

Gianmarco Helfenstein sagt, es sei eigentlich erstaunlich, dass dieses Thema so intensiv diskutiert worden. Die Massnahme sei vom Departement selber vorgeschlagen worden und sollte eigentlich mit der Polizeiführung abgesprochen sein. Scheinbar sei das nicht der Fall. Die CVP sei aus Überzeugung gegen eine Reduktion der Patrouillen. Eine mobile Präsenz der Polizei sei eine erste Prävention und fördere das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. So habe und bleibe man bei kürzeren Interventionszeiten. Erst kürzlich habe der Rat nach langer Diskussion eine Aufstockung des Polizeikorps bewilligt. Jetzt sollten mit einer Sparmassnahme zwölf Stellen abgebaut werden. Diesen fahrlässigen Abbau lehne die CVP konsequent ab. Es sei erstaunlich, dass eine solch einschneidende Massnahme von der SVP unterstützt werde.

Ylfete Fanaj spricht sich im Namen der SP-Fraktion gegen einen Leistungsabbau bei der Polizei aus. Die sichtbare Präsenz der Polizei sei wichtig für die Bevölkerung. Dies werde als die wichtigste Massnahme angesehen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. Dieses Thema sei auch in der JSK diskutiert worden. Die JSK sei ebenfalls der Meinung gewesen, dass das Globalbudget um 1,4 Millionen Franken erhöht werden müsse.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 9 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt worden.

Samuel Odermatt lehnt den Antrag im Namen der GLP-Fraktion ab. Die GLP habe den Planungsbericht zur Polizei vor einem Jahr zustimmend zur Kenntnis genommen. Aufgrund der finanziellen Situation hätten sie bereits damals den vorgeschlagenen vollumfänglichen Stellenausbau in Frage gestellt. Die Grüne Fraktion sei ebenfalls dieser Meinung gewesen. Er appelliere deshalb auch an die linke Seite. Selbst wenn der Kanton nächstes Jahr deutliche Mehreinnahme erziele, müssten trotzdem massive Sparmassnahmen beschlossen werden, auch nächstes Jahr. Deshalb gelte es Prioritäten zu setzen. Aus Sicht der GLP habe die Polizei dabei nicht oberste Priorität. So werde in erster Linie nicht mit polizeilicher Präsenz und Repression gearbeitet, sondern Sicherheit werde früher geschaffen, bei der Bildung und den sozialen Leistungen, beim Umgang mit den Schwächsten. Aus diesen Überlegungen lehne die GLP den Antrag schweren Herzens ab.

Armin Hartmann lehnt den Antrag im Namen der SVP-Fraktion ab. Das Niveau der Sicherheit im Kanton Luzern sei hoch. Ereigne sich am Freitag um 16.30 Uhr ein Unfall, sei es heute bereits schwierig, dass eine Patrouille innert nützlicher Frist am Ort des Geschehens eintreffe. Damit könne und müsse man leben. Die Polizei leiste gute Arbeit, darauf sei die SVP-Fraktion stolz. Im Moment befinde sich der Kanton Luzern in einer ausserordentlichen finanziellen Situation, deshalb müsse jeder seinen Beitrag leisten. Von verschiedenster Seite sei zu hören gewesen, man müsse über alles diskutieren können, auch über unpopuläre Massnahmen. Diese Bereitschaft spüre er zu wenig. Es werde mit heftigen Argumenten debattiert und es finde eine Vermischung mit der Tagespolitik statt. Er finde das nicht fair. Die tragischen Vorfälle von Paris hätten die Bedrohungslage im Kanton Luzern nicht verändert, hier gelte es objektiv zu bleiben. Die SVP unterstütze den Vorschlag des Justiz- und Sicherheits-

departementales nur schweren Herzens, aber es gebe begleitende Massnahmen. Der Justiz- und Sicherheitsdirektor habe darauf hingewiesen, dass eine lagegerechte Beurteilung vorgenommen werde. Sollte sich die Bedrohungslage verändern, werde man darauf zurückkommen müssen. Hier vertraue die SVP auf die entsprechenden Massnahmen durch die Regierung. Das Budget gehe nur dann auf, wenn auch der Sparvorschlag des Justiz- und Sicherheitsdepartementales angenommen und somit der vorliegende Antrag abgelehnt werde. Die SVP sei für Sicherheit im Kanton Luzern und unterstütze generell eine personelle Erweiterung der Polizei. Aufgrund des Notbudgets brauche es diese Korrektur um ein Jahr. Damian Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ab. Er könne sich dem Votum von Armin Hartmann anschliessen. Beim Sicherheitsgefühl handle es sich um eine subjektive Angelegenheit. Auf das Jahr 2016 werde das Löschpikett aufgelöst, dabei handle es sich um sechs Stellen. Diese Stellen seien nach wie vor vorhanden, aber davon spreche niemand. Die FDP sei davon überzeugt, dass man sich im Kanton Luzern nach wie vor sicher fühlen könne.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Die Regierung setze diese Massnahme in Zusammenarbeit mit der Polizei verantwortungsvoll um. Die Polizei prüfe die Lage und reagiere entsprechend, sollte dies notwendig werden. Der Rat stimmt dem Antrag von Hans Stutz, Gianmarco Helfenstein und Ylfete Fanaj mit 59 zu 53 Stimmen zu.

Michèle Bucher und Ylfete Fanaj stellen den folgenden Antrag: "Der Personalaufwand und damit das Globalbudget ist zwecks Weiterbetriebs des Fundbüros um 120'000 Franken zu erhöhen."

Michèle Bucher erklärt, das Fundbüro habe sich als wichtige Institution etabliert. Es erscheine ihr verantwortungslos, das Fundbüro zu schliessen, ohne zu wissen, wie es danach weitergehen solle. Für den Betrieb von Fundbüros existierten gesetzliche Grundlagen. Der Kanton wisse noch nicht, wie er seinen Auftrag nach der Schliessung des Fundbüros kompensieren wolle. Die Grüne Fraktion schlage vor, dass die Regierung zuerst ein entsprechendes Konzept und eine Vollkostenrechnung erarbeite. Erst dann solle darüber befunden werden. Da noch keine Nachfolgelösung gefunden sei, möchte sie wissen, ob das Fundbüro weiterhin betrieben werde, falls ihr Antrag keine Mehrheit finde.

Ylfete Fanaj sagt, in den letzten zehn Jahren hätte sich die Anzahl der Fundgegenstände bei gleichbleibendem Personalbestand fast verdoppelt. Das Fundbüro nehme jährlich rund 90000 Franken ein. Der Nettospareffekt dieser Massnahme sei also fraglich. Ein hoher Anteil von Fundgegenständen stamme von Touristen an. Deshalb sei es als Touristenstadt falsch, auf ein Fundbüro zu verzichten. Der grösste Aufwand liege bei der Registrierung der Fundgegenstände und nicht bei der Einlagerung und der Herausgabe. Eine Registrierung der Fundgegenstände müsse aber weiterhin gemacht werden. Zudem müsste die Frage des Datenschutzes. Gefundene Gegenstände würden zwar irgendwo registriert, müssten aber beim Finder bleiben. Die Polizei habe lediglich die Aufgabe, die Funde an den Verlierer zu vermitteln, dazu müsste sie die Personalien des Finders preisgeben. Was passiere, wenn ein Finder das nicht wolle? Viele offene Fragen müssten zuerst noch geklärt werden.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Heute könne man Programme im Internet nutzen, um Fundgegenstände zu suchen. Selten bringe jemand einen Schlüssel noch ins Fundbüro. Das Argument der Touristenstadt Luzern könne er nicht gelten lassen, welcher Tourist suche denn schon nach einem verlorenen Regenschirm. Die weitere Umsetzung liege tatsächlich noch nicht ganz konkret vor, eine Lösung lasse sich aber finden.

Der Rat lehnt den Antrag von Michèle Bucher und Ylfete Fanaj mit 86 zu 26 Stimmen ab.

Michael Töngi, Peter Fässler und Gianmarco Helfenstein stellen den folgenden Antrag: "Das Globalbudget Polizeiliche Leistungen ist um 120'000 Franken zu erhöhen. Auf die Streichung Bewachung Kantonsrat und Gerichte wird verzichtet."

Michael Töngi erklärt, der Streichung der Bewachung des Kantonsrates und der Gerichte liege nicht eine Situationsanalyse zugrunde, sondern ein Sparauftrag. Aus Sicht der Grünen Fraktion reiche die Begründung nicht, wonach aufgrund der aktuellen Sicherheitslage auf eine Bewachung verzichtet werden könne. Der Ursprung dieser Bewachung liege beim At-

tentat in Zug. Dadurch sei ein Wandel in der Gesellschaft geschehen. Erst damals habe man mit einer strengeren Bewachung des Bundeshauses und der Bundesverwaltung begonnen. In der laufenden Diskussion werde von einer ausserordentlichen Situation und einem Notbudget gesprochen. Er möchte wissen was passieren würde, wenn uns eine Wirtschaftskrise oder eine Umweltkatastrophe treffen würden. Erst dann könne man wohl von einer ausserordentlichen Situation sprechen. Die Sparmassnahmen liessen sich also nicht nur mit dem Argument einer ausserordentlichen Situation begründen, er würde eine vertiefte Diskussion über diese Sparmassnahmen begrüssen.

Peter Fässler sagt, die Bewachung der Gerichte sei im vorliegenden Budget mit 60000 Franken veranschlagt, ebenso die Bewachung des Kantonsrates. Beides solle nun abgeschafft werden. Damit sei die SP-Fraktion nicht einverstanden. Es wäre natürlich schön, wenn auf diese Bewachung verzichtet werden könnte weil die Welt friedlicher geworden sei, aber leider sei das nicht der Fall. Der Bewachung der Gerichte und des Kantonsrates lägen konkrete Vorfälle zugrunde. Leider würden solche Vorfälle schnell in Vergessenheit geraten. Gerade bei den Gerichten sei es wichtig, Präsenz zu markieren und die Sicherheit und den ordnungsgemässen Ablauf der Gerichtsverhandlungen zu gewährleisten. Die Kernaufgabe der Polizei, nämlich Sicherheit zu gewährleisten, werde trotz dieses Sparvorschlages bestehen bleiben. Sollte es die Sicherheit erfordern, werde die Polizei auf jeden Fall bei Gerichtsverhandlungen anwesend sein. Die Kosten würden einfach auf die Gerichte übertragen, gespart werde damit aber noch gar nichts. Das Gleiche gelte bei der Bewachung des Kantonsrates. Bei einem konkreten Bedrohungsfall müsse die Polizei weiterhin für Sicherheit sorgen. Die Kosten dafür wären aber nirgendwo budgetiert. Der präventive Charakter sei nicht zu unterschätzen, ein Polizeiauto vor dem Gebäude und Uniformierte vor den Türen machten Eindruck. Darum floriere wohl auch der private Sicherheitsmarkt.

Gianmarco Helfenstein erklärt, die CVP setze sich für eine genügende Sicherheit im Kanton Luzern ein. Sparmassnahmen müssten aufgrund des vorliegenden Voranschlages in allen Bereichen getroffen werden. Es zeige wenig Fingerspitzengefühl und taktisches Verständnis, dass ein so sensibles Sicherheitsdispositiv über die Gerichte und das Parlament in aller Öffentlichkeit ausgetragen werde. Die Feststellung, es bestehe derzeit keine konkrete Bedrohungslage, scheine der CVP ein riskantes Spiel. Diese Sparmassnahme werde vom Justiz- und Sicherheitsdepartement vorgeschlagen und sei scheinbar, aufgrund widersprüchlicher Aussagen, nicht genügend mit dem Polizeikommando abgesprochen worden. Ein Outsourcing erscheine der CVP ebenfalls nicht als die richtige Lösung. Erst vor kurzem sei das Regierungsgebäude mit Schleusen und Sicherheitstüren ausgestattet worden. Dabei hätte man gleichzeitig die Eingangskontrolle für Besucher und Parlamentarier reorganisieren können. Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK vorgelegen und mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt worden. Von der JSK sei ebenfalls ein Antrag vorgelegen, jedoch mit einer Erhöhung um 260000 Franken. Der JSK-Antrag sei mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Rolf Born lehnt den Antrag im Namen der FDP-Fraktion ab. Man habe bereits schon einmal beantragt, dass der Kantonsrat auf die permanente Präsenz von Polizeifahrzeugen und vier Polizisten verzichten könne. Aktuell sei keine Gefahrenlage absehbar. Die Polizisten könnten also effizienter und gezielter eingesetzt werden. Er vertraue darauf, dass die Polizei zusammen mit der Staatskanzlei abschätzen könne, ob verstärkte Massnahmen zur Bewachung des Kantonsratssaales notwendig seien oder nicht. Auch andere Parlamente hätten in der Zwischenzeit die permanente Bewachung aufgegeben. Er sei überzeugt, dass die verantwortlichen Personen situationsbedingt die richtigen Entscheidungen treffen würden, damit im Rat und in den Gerichten problemlos getagt werden könne.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Er könne sich dem Votum von Rolf Born anschliessen. Es gelte lagegerechte Massnahmen zu ergreifen. Dabei vertraue die Regierung auf die entsprechende Beurteilung durch die Polizei. Beim Einbau der Sicherheitstüren im Regierungsgebäude sei nach langer Diskussion bewusst auf eine Eingangskontrolle verzichtet worden. Da es sich um ein öffentliches Gebäude handle, habe man es der Öffentlichkeit auch zugänglich machen wollen. Eine spezielle Eingangskontrolle wie etwa bei Personaleingängen von Banken wäre sehr aufwändig. In den Konzepten sei aber vorgesehen, dass die Eingangstüren während der Sessionen abgeschlossen werden könnten.

Der Kantonsgerichtspräsident, Marius Wiegandt, erklärt, die Bewachung der Gerichte unterscheide sich von jener des Kantonsrates. An den Gerichten herrsche eine permanente Be-

drohungslage, da man es regelmässig mit gefährlichen Schwerverbrechern zu tun habe. Es würden aber auch Querulanten versuchen, an Gerichtsverhandlungen teilzunehmen. Deshalb müssten die Besucher von Gerichtsverhandlungen zum Teil nach Waffen durchsucht werden. Um gut funktionieren zu können, seien die Gerichte auf ein regelmässiges Dispositiv angewiesen. Sei kein Polizist anwesend und es passiere etwas, diese Chance sei hoch, so habe das unmittelbare Folgen. Ein Richter könne keinen Verbrecher an der Flucht hindern. Die Gerichte seien deshalb auf die Polizei oder auf Sicherheitspersonal angewiesen. Streiche man diesen Posten aus dem Budget des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, werde er in das bereits enge Globalbudget der Gerichte verschoben.

Der Rat stimmt dem Antrag von Michael Töngi, Peter Fässler und Gianmarco Helfenstein mit 58 zu 56 Stimmen zu.

Ylfete Fanaj stellt den folgenden Antrag: "Der Personalaufwand und damit das Globalbudget im Voranschlag ist um 960'000 Franken zu erhöhen. Auf die 1% Reduktion Gesamtpersonalaufwand ist zu verzichten." Diese Reduktion habe eine Streichung von acht Stellen zur Folge, obwohl eine Stellenaufstockung notwendig wäre. Dadurch werde die Polizei unnötig geschwächt. Die Polizei habe dank einer Organisationsentwicklung Einsparungen und Optimierungen vorgenommen. Aus diesem Synergiegewinn hätte sie bereits etliche Stellen geschaffen. Nun werde die Polizei mit massiven Kürzungen für ihre gute Arbeit bestraft.

Der Kommissionspräsident der PFK, Marcel Omlin, erklärt, dieser Antrag sei der PFK nicht vorgelegen.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Ein Prozent Personalaufwand könne überall ohne einen Personalabbau eingespart werden, etwa bei den Personalnebenleistungen oder der Ausbildung. Das gelte auch für die Polizei, es komme zu keinen Entlassungen.

Der Rat lehnt den Antrag von Ylfete Fanaj mit 93 zu 20 Stimmen ab.

#### H2-BKD

Michael Töngi und Jacqueline Mennel stellen den folgenden Antrag:

"Töngi: Auf die Stellenreduktion beim Verwaltungs- und Betriebspersonal um 5% ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 925'000 Franken zu erhöhen.

Mennel: Auf die Kürzung des Personalaufwands BKD um 5% ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 925'000 Franken zu erhöhen.

AB-Nr	AB-T	Seite	Veränderung Globalbudget 2016*
2010	Stab	79	43'000
3200	Volksschulbildung	154	237'000
3300	Gymnasialbildung	161	162'000
3400	Berufsbildung	167	290'000
3500	Hochschulbildung	173	87'000
3502	Kultur	179	106'000
Total			925'000

\* -=Reduktion GB (Verb. Ergebnis); += Erhöhung GB (Verschl. Ergebnis)"

Michael Töngi erklärt, die Grüne Fraktion spreche sich gegen diese generellen Kürzungen von 5 Prozent aus. Es sei nicht ersichtlich, wie diese Kürzung umgesetzt werden solle, wo gespart werde und welche Dienstleistungen aufgehoben werden sollten.

Jacqueline Mennel sagt, es mute seltsam an, wenn gerade bei den Departementen mit den grössten Ausgabeposten, einfach eine generelle Kürzung von 5 Prozent beim Personalaufwand vorgenommen werde. Der Kanton Luzern habe eine schlanke Verwaltung, was durch BAK-Basel mehrmals bestätigt worden sei. Deshalb sei die geplante Kürzung von 5 Prozent verantwortungslos. Damit an der Front und somit bei den Kindern gute Arbeit geleistet werden könne, brauche es auch ein genügend dotiertes Backoffice. Eine solche generelle Kürzung sei nicht zumutbar.

Yvonne Hunkeler lehnt den Antrag im Namen der CVP-Fraktion ab. Die CVP habe eine generelle Kürzung von 5 Prozent bei allen Departementen verlangt. An dieser Strategie halte sie fest.

Fiona Schär möchte von der FDP und der SVP wissen, warum beim BKD diese Kürzung möglich sei, bei den anderen Departementen aber nicht.

David Roth findet es unverantwortlich, wenn man glaube, ein Zwanzigstel des Personals könne eingespart werden. Wenn dem so wäre, hätte man das bereits anlässlich von Leistungen und Strukturen I und II gemacht. Die politische Zusammensetzung des Regierungsrates schein sich hier bemerkbar zu machen. Es gehe doch um eine verantwortungsvolle Politik, man solle hier über Leistungen diskutieren und nicht nur über Zahlen, das sei man der Verwaltung und der Bevölkerung schuldig.

Helene Meyer sagt, wenn das BKD in den nächsten Monaten massiv Stellen abbauen müsse, werde das vom Rat einfach in Kauf genommen. Würde dasselbe bei einem privaten Unternehmen passieren, würden die Reaktionen darauf heftig ausfallen. Man gehe davon aus, dass dieser Abbau locker vonstattengehe. Die verschiedenen Dienststellen hätten bereits Einsparungen vornehmen müssen. In einigen Dienststellen frage man sich, ob einzelne Bereiche überhaupt noch weitergeführt werden sollten.

Beat Züsli stellt einen Ordnungsantrag: Die Beratung des Antrages solle unterbrochen und nach dem Mittag weitergeführt werden.

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag von Beat Züsli mit 59 zu 56 Stimmen ab.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Antrag ab. Die Regierung habe Sparschlüssel vereinbart und die Departemente hätten Massnahmen definiert. Die Regierung stehe zu diesem Vorgehen.

Der Rat lehnt den Antrag von Michael Töngi und Jacqueline Mennel mit 87 zu 23 Stimmen ab.

An dieser Stelle unterbricht der Rat die Beratung über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019 und fährt mit der Detailberatung an der Nachmittagssitzung vom 1. Dezember 2015 weiter.